



Der Höhere H- und Polizeiführer
beim Reichsstatthalter in Posen
im Wehrkreis XXI

als Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums
Amt für die Umsiedlung der Polen und
Juden

Posen, den 26. Januar 1940

Erfahrungsbericht

über die Umsiedlung von Polen und Juden aus
dem Reichsgau "Wartheland"

I. Die Vorbereitungen.

1. Die Planungsarbeit für die Umsiedlung der Polen und Juden aus dem Warthegau in das Generalgouvernement setzte ein am 10.11.39, nachdem am 7. auf 8.11.39 die entsprechende grundsätzliche Vereinbarung zwischen H-Obergruppenführer Krüger und H-Gruppenführer Koppe getroffen worden war. Zu Grunde gelegt war eine Zahl von zunächst 300 000 Abschiebenden, die unter Mitwirkung der Oberbürgermeister und Landräte auf die einzelnen Städte und Landkreise strukturgemäß verteilt wurde.
2. Am 11.11.39 wurde für die Unterbringung der Baltendeutschen und für die Aussiedlung der Polen und Juden beim Höheren H- und Polizeiführer in Posen ein
Sonderstab für die Unterbringung der Baltendeutschen
(Reichsanteileiter Dr. Derichsweiler) und ein
Sonderstab für die Aussiedlung der Polen und Juden
(H-Sturmabführer Rapp, Führer des SD-Leitabschnitts Posen) gebildet.

Die Planung fand ihren ersten Niederschlag in einem grundsätzlichen Erlaß vom 12.11.39, welcher an sämtliche beteiligten Dienststellen versandt wurde (Reichsstatthalter,



- 2 -

36

Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister, Landräte, Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei, Polizeipräsidenten und Dienststellen der Wirtschaft).

Dieser Arbeitsplan enthielt im wesentlichen folgende grundsätzliche Anordnungen:

a) Für die Umsiedlung vorgesehener Personenkreis:

Politisch belastete Polen (Angehörige der chauvinistischen politischen Parteien und Verbände),

Juden,

polnische Intelligenz - soweit sie ihre Stellungen an Deutsche abgeben, dadurch persönlich und beruflich enturzelt und somit notwendig zum Staatsfeind werden mussten,

kriminelle und asoziale Elemente,

nach dem Weltkrieg aus den östlichen Gebieten zugewanderte Kongresspolen (in den Westgebieten verhältnismäßig schwach vertreten, Intelligenz mit polnischem Heer geflüchtet, Zurückgebliebene: vorwiegend kleine Handarbeiter).

b) Ziel der Umsiedlung:

Die Sicherung und Sicherung des neuen deutschen Reichsgaues als Voraussetzung für die Festigung deutschen Volkstums und gleichzeitig

die Schaffung von Unterkunft- und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Balten- und Polhyniendeutschen.

Dabei wurde auf die Bedeutung der Volkszugehörigkeit,

die Notwendigkeit der individuellen Überprüfung jedes

Einzelfalles und die erforderliche Rücksichtnahme auf

unabkömmliche Arbeitskräfte besonders hingewiesen.

c) Die mit der Umsiedlung befassten Dienststellen:

Als verantwortliche Träger der Aktion wurden die Oberbürgermeister und Landräte eingesetzt, da nur sie sämtliche beteiligten Sonderdienststellen (Sicherheits-, Ordnungs- und Schutzpolizei, Gendarmerie, Volksdeutsche Kommissionen, Personenpostaster) örtlich zusammenfassen

- 3 -



- 3 -

37

die technischen Mittel (Übergangslager, Lebensmittel, Ausrüstung der Züge, sanitäre Maßnahmen) zur Verfügung stellen und damit insgesamt einen reibungslosen Ablauf der Aktion gewährleisten konnten.

3. Technische Anordnungen ergingen sofort anschließend:
- am 16.11.39 Ausführungsbestimmungen über die Erfassung und individuelle Überprüfung der Abzuschiebenden,
 - am 18.11.39 Ausführungsbestimmungen über die kartei- und transportlistenmäßige Registrierung der Abzuschiebenden (mit Vordrucken),
 - am 22.11.39 ein Sonderbefehl über die körperliche Durchsuchung auf Waffen, Wertsachen und überzähliges Geld (mit Vordrucken und Merkblättern),
 - am 22.11.39 eine Anweisung über Ausrüstung und Durchführung der Transporte,
 - am 22.11.39 eine Anweisung über das Verhalten bei der Räumung von Wohnungen,
 - am 24.11.39 ein Sonderbefehl über die Heranziehung der jüdischen Ältestenräte bei der Evakuierung von Juden,
 - am 25.11.39 eine Sonderanweisung über die Errichtung von Prüfstellen für Zweifelsfälle (Volksdeutsche Kommissionen),
 - am 1.12.39 eine Anordnung über die Erstellung von Vermögensverzeichnissen (mit Formularen),
 - am 1.12.39 eine Sonderanweisung über die Behandlung geschlechtskranker Personen,
 - am 1.12.39 eine Anordnung über die Zurückstellung der bei der Reichsbahn angestellten Beamten und Arbeiter,
 - am 4.12.39 eine Anordnung über die Meldung der Abgangs- und Ankunftszeiten im Reichsgau Wartheland und im Generalgouvernement,
 - am 7.12.39 eine Anweisung für die Transportführer,
- zwischenwährend eine Reihe von Einzelanweisungen.

4. Inspektionen und persönliche Anleitungen:

Ab 20.11.39 führen die H-Führer der Sonderdienststelle zu allen Regierungspräsidenten, Oberbürgermeistern und Landräten, um sich von den örtlichen Vorbereitungen zu über-



- 4 -

38

zeugen und persönliche Anleitungen zu geben.

II. Der erste Nahplan.

Die Anordnung, daß in der Zeit vom 1. bis 16. XII. 1939 80 000 Polen und Juden in das Generalgouvernement abgeschoben werden müssen, lag am 28. 11. 39 hier vor.

a) Die Verteilung der Kontingente

erfolgte unter Zugrundelegung von Bevölkerungsstruktur-forschungen und der Planung für die Baltenansiedlung. Grundsätzlich erhielt jeder Landkreis mindestens einen Transportzug mit 1000 Personen zugewiesen. Größere Landkreise und Städte und solche mit einer hohen Zahl jüdischer Einwohner bekamen entsprechend mehr Transportzüge zugeteilt.

b) Der Fahrplan.

Ein genauer Fahrplan für die zunächst vom Generalgouvernement bekanntgegebenen Zielbahnhöfe wurde mit der Reichsbahndirektion Posen und über diese mit der Generaldirektion der Ostbahn in Krakau festgelegt. Ergänzungen erfolgten jeweils nach Bekanntgabe weiterer Zielstationen.

c) Das Anlaufen des ersten Nahplans.

48 Stunden nach Bekanntwerden des ersten Nahplans standen 8 Kreisen 11 Transportzüge zur Verfügung. Nachrichtenverbindung zu den Oberbürgermeistern und Landräten im Warthegau und dem höheren H- und Polizeiführer bzw. dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, den Distriktheften bzw. H- und Polizeiführern im Generalgouvernement war wegen der Kürze der Fristen nur durch Telefon, Telegramm und Blitz-FS möglich. In dieser Weise wurden ständig sämtliche aufgeführten Stellen benachrichtigt. (Tägliche Berichte an das Reichssicherheitshauptamt).



2. Der erste Fahrplan wurde in der vorgeschriebenen Zeit erfüllt. Am 17.12.39 waren 80 Transporte mit insgesamt 57 883 Umsiedlern nach den vom Generalgouvernement aufgegebenen Zielstationen abgegangen.

3. Schwierigkeiten.

a) Der von der Reichsbahn entworfene Fahrplan konnte von ihr nicht eingehalten werden.

Von den 11 Zügen des ersten Durchgangs kamen erst nach 8 Tagen (nicht nach 4 - wie fahrplanmässig vorgesehen) 5 Züge wieder zurück. Der grössere Rest war durch die Generaldirektion der Ostbahn in Krakau und durch Dienststellen der Wehrmacht ohne vorherige Vereinbarung beim Rücklauf eigenmächtig für eigene Zwecke herausgezogen worden. Die Reichsbahndirektion Posen konnte den jeweiligen Verbleib der Züge nicht feststellen.

Da mit diesen 11 Zügen der Gesamttransport hätte durchgeführt werden sollen, war mit dem ersten Durchlauf bereits der Fahrplan umgeworfen. Der Ersatzgestellung von Zügen standen fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Zuverlässige Zugansagen konnten von der Reichsbahn nicht gegeben werden. Daher konnte die Ankündigung der Transporte an die Abgangsorte jeweils nur kurzfristig gegeben werden. Durch ständige persönliche und fernmündliche Verbindung wurden die Oberbürgermeister und Landräte über die jeweilige Lage unterrichtet.

b) Personelle und technische Mängel bei der Ostbahn:

Aus den Berichten der Transportführer (Anlage 1) geht hervor, daß:

die Züge übermäßig lange auf Bahnhöfen und auf freier Strecke warten mussten,

häufig und wiederholt umrangiert wurden,
falsch geleitet wurden und wieder umkehren mussten,



- 6 -

40

ungeeignete Zielbahnhöfe anlaufen,
das Bahnpersonal - fast nur Polen - mangelhaft unter-
richtet und uninteressiert war, sogar
den Dienst verweigerte bzw. den ra-
schen Ablauf sabotierte.

c) Personelle und technische Mängel sonstiger Behörden im
Generalgouvernement:

Gleichfalls den Transportberichten (Anlage 1) ist zu
entnehmen, daß ungeeignete Zielbahnhöfe ausgewählt, die
örtlichen Behörden nicht benachrichtigt und die vorbe-
reitenden Maßnahmen unzulänglich waren, die Abnahme von
Transporten deshalb wiederholt verweigert und im ganzen
von den abnehmenden Behörden wenig Verständnis gezeigt
wurde.

d) Die zeitweise Störung aller verfügbaren Nachrichten-
verbindungen

erschwerte häufig und vereitelte gelegentlich recht-
zeitige Verständigung.

Innerhalb des Karthagenaus wurde Abhilfe durch Einrich-
tung eines motorisierten Kurierdienstes geschaffen.

e) Der Mangel an Personal und an technischen Hilfsmitteln

brachte bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit
eine Überlastung sämtlicher Dienststellen mit sich. Es
fehlte vor allem an reichsdeutschen Mitarbeitern bei
sämtlichen beteiligten Dienststellen, an Lagern (durch
Wehrmacht belegt), Kraftwagen für die Veranschaffung
aus Landorten, Schreibkräften und Schreibmaschinen für
die Aufstellung der notwendigen Transportlisten und
sonstiger Verzeichnisse, Bewachungsmannschaften, präzisi-
erten Personalstandserhebungen u.ä.

f) Der grosse Umfang der zu überwindenden Schwierigkeiten

erklärt sich aus der Vielzahl der bei den Evakuierungs-
maßnahmen notwendig beteiligten Stellen:

- 7 -



- 7 -

4/1

(die beim Höheren 4- und Polizeiführer geschaffene zentrale Planungs- und Leitstelle, die Landräte als örtliche Träger der Aktion, die Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD als örtliche Erfassungsstellen des für die Evakuierung in Frage kommenden Personenkreises, die Reichsbahn als Transportmittel, Polizei und Selbstschutz als ausführende Organe der Evakuierung und als Transportbegleitung) sowie der Vielzahl der ineinandergreifenden Tätigkeiten (politische Vorbereitung der Evakuierung, ihre polizeiliche Durchführung und schließlich Abschiebung der Evakuierten).

Komplikationen, die in einem Sektor auftraten, wirkten bei der Abhängigkeit aller Stellen von einander unmittelbar auf den Gesamt Ablauf der Aktion ein.

Schwierigkeiten, die bei dem raschen Ablauf der Aktion und den Hemmnissen der Nachrichtenübermittlung rechtzeitig bekannt geworden sind, wurden abzustellen versucht, soweit es personell und zeitlich irgendwie durchzuführen war.

III. Die Erfassung und Überprüfung der abzuschließenden.

1. Der erste Maßplan ging davon aus, daß zunächst diejenigen Elemente des Polentums, die eine unmittelbare Gefahr für das Deutschtum darstellen, abzuschließen sind. Der Inangriffnahme dieser sicherheitspolizeilichen Aufgabe standen die umfassenden Materialsammlungen der SD- und Staatspolizeidienststellen zur Verfügung.

a) Es wurden zunächst erfasst

die Angehörigen der führenden chauvinistischen polni-



- 8 -

42

sehen Parteien und Verbände. (Kurze Charakterisierung s. Anlage 2).

Aus diesem Personenkreis wurden wieder als erste diejenigen ausgewählt, die auf Grund ihrer geistigen und beruflichen Fähigkeiten Lebensstellungen innehatten, die unmittelbar durch Deutsche (besonders Balten- und Wolhyniendeutsche) besetzt werden mussten.

Während die Erfassung dieser Personen umfangreiche Vorarbeiten erforderte, war

- b) die Bestimmung der asozialen (schwer Verbestrafte), jüdischen und kongresspolnischen Elemente

wesentlich einfacher.

2. Eine positive Auslese wurde - soweit irgend möglich - intensiv vorbereitet durch die Kennzeichnung der Volksdeutschen und die Berücksichtigung lebenswichtiger wirtschaftlicher Belange.

- a) Die Begriffsbestimmungen des Stammendeutschen und Volksdeutschen

wurden - da Reichsanweisungen ausblieben - so festgelegt, daß für den Stammesdeutschen die blutsmäßige Zugehörigkeit und für den Volksdeutschen das Bekenntnis zum Deutschtum während der letzten 20 Jahre entscheidend war.

Hierbei war wieder die Bestimmung des Volksdeutschen verhältnismäßig leicht, da unmittelbar mit der Arbeitsaufnahme der SD-Einsatzkommandos an die Sammlung der notwendigen Unterlagen herangegangen worden war. Der Begriff des Bekenntnisses zum Deutschtum wurde ausserordentlich weit gefasst. Es genügte, daß die Familie bewusst deutsch geblieben war, ohne daß verlangt wurde, daß sie sich öffentlich für das Deutschtum eingesetzt, deutschen Organisationen angehört oder ihre Kinder in deutsche Schulen geschickt hatte.

- 9 -



- 9 -

43

Wesentlich schwieriger war die Berücksichtigung der Deutschstämmigkeit bei denjenigen, die nicht gleichzeitig als Volksdeutsche im oben erwähnten Sinne anzusprechen waren, und zwar deshalb,

weil im heutigen Warthogau gerade die deutschstämmigen Polen die - z.T. führenden - Träger der grosspolnischen, deutschfeindlichen Arbeit waren,

mindestens in der ehemaligen Wojewodschaft Posen fast alle Alteingesessenen im Reich verwandt und verschwägert sind,

die Alteingesessenen in den ehemals deutschen Gebieten von der allgemeinen Wehrpflicht erfaßt und auch im Weltkrieg als Frontkämpfer verwendet worden waren,

fast im ganzen Bereich des Warthogaues die deutsche Sprache beherrscht wird,

Mischchen relativ häufig waren,

eine überaus grosse Anzahl einwandfrei polnischer Elemente sich Bescheinigungen der verschiedensten (unzuständigen) Dienststellen zu verschaffen gewusst hatte, die irgendwie behauptete deutsche Stammes- oder Volkstumszugehörigkeit vorbehaltlos beurkundeten (in Posen-Stadt etwa 40 000 solcher Bescheinigungen bei rund 6 000 anerkannten Volksdeutschen).

Die notwendige Klärung aller Zweifelsfragen wurde zu erreichen versucht durch:

Schaffung einer umfassenden Kartei über die politisch belasteten Personen,

Aufbau eines deutschen Volkskatasters,

Karteimässige Erfassung der Ukrainer und Russen,

Einrichtung einer umfassenden Rückstellungskartei für wirtschaftliche Unzukömmlichkeitserklärungen,

Heranziehung volkdeutscher Kommissionen für die Überprüfung aller Zweifelsfälle,

Einrichtung einer zentralen und örtlicher Prüfstellen zur Bearbeitung aller Rückstellungs- und Entlassungsgesuche.

Die Erfassungsstelle Posen-Stadt wurde von der Zentralstelle selbst übernommen. Sie wurde ausgebaut zu einer Lehr- und Prüfungszentrale für das gesamte Erfassungs-



- 10 -

44

wesen. Ehe eine Evakuierungskarte an die Polizeibehörde gegeben wird, läuft sie

- 1) durch die volksdeutsche Kartei,
- 2) durch die Rückstellungskartei,
- 3) durch die Ukrainer- und Russenkartei und wird
- 4) einer volksdeutschen Prüfungskommission vorgelegt.

Darüber hinaus werden die Evakuierungskarten noch verglichen mit der Transportkartei (herausgezogen aus den Transportlisten der früheren Transporte).

Eine positive Auslese auf rassepolitischer Grundlage konnte bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und wegen des Mangels an Fachpersonal nur in einzelnen Zweifelsfällen vorgenommen werden.

b) Der Arbeitsanfall

wird ersichtlich aus den nachstehend aufgeführten Unterlagen:

1) Deutschstämmige Aufständische.

Von rund 16 000 hier erfassten Aufständischen haben 1467 (davon 32 Führer) einen rein deutschen Familiennamen, von diesen haben

103 auch noch Ehefrauen mit rein deutschem Familiennamen.

1120 weitere Aufständische mit polnischem Namen haben Ehefrauen mit rein deutschem Familiennamen.

2 1/2% der Aufständischen sind im Altreich geboren,

2% in den ehemals russischen Gebieten, während der Rest =

95 1/2% in den ehemals deutschen Ostprovinzen geboren ist.

2) Gesuche nationalpolnisch bzw. deutschfeindlich stark belasteter Personen oder deren Angehöriger

um Anerkennung als Volksdeutsche sind bei der "Deutschen Volksliste" (Posen-Stadt) in einer Zahl von 223 bei rund 6 000 anerkannten Volksdeutschen einge-

- 11 -



- 11 -

45

laufen (s. Anlage 3).

In Anlage 3 werden weiterhin als Beispiel 14 Aufnahme-
gesuche für den Grosspolnischen Aufständischenverband
von solchen Personen vorgelegt, die jetzt sich um
Aufnahme in die "Deutsche Volksliste" beworben haben.

3) Die Arbeit der Prüfstelle

geht aus Anlage 4 hervor.

Auf Grund von Rückstellungs-, Nichtevakuierungs- und
Entlassungsgesuchen wurden erneut 1436 Fälle aufge-
griffen und eingehend geprüft (s. Anlage 4).

4) Mängel bei Dienststellen im Generalgouvernement,

die die Durchführung der Aktion hamaten, sind in Form
von Auszügen aus Transportberichten in Anlage 1 aufge-
zeichnet.

Nach Beendigung des ersten Nahplans hat sich das Ent-
gegenkommen vieler Dienststellen des Generalgouverne-
ments gegenüber Evakuierten geradezu katastrophal
ausgewirkt. Ein überaus hoher Prozentsatz von Evaku-
ierten wurde mit Urlaubsscheinen für die Dauer bis zu
4 Wochen in ihre ehemaligen Wohnsitze "zur Regelung
persönlicher Verhältnisse" u.ä. entlassen. Die Be-
scheinigungen waren sumeist ausgestellt von kommunalen
und Kreisbehörden und Wehrmachtsdienststellen.

Die Rückkehrer belästigten einerseits die inzwischen
in ihre Wohnungen eingewiesenen Volksdeutschen und
beunruhigten vor allem andererseits die gesamte Be-
völkerung durch ihr Wiedererscheinen und ihre Berichte.

Weiterhin wurden von Dienststellen des Generalgouver-
nements Gesuche Evakuierten um Herausgabe von Vermö-
gensteilen und ganzen Vermögen - zum Teil beifügend
hierher gegeben.

Es kam sogar vor, daß eine Polin hier erschien und
erklärte, sie sei im Generalgouvernement als Volks-
deutsche anerkannt worden, dabei aber zugab, daß sie

- 12 -



- 12 -

46

bewusste Polen sei. (s. Anlage 5).

Die Rückkehr von Evakuierten hatte einwandfrei den Zweck, vor der Evakuierung versteckte Wertsachen, insbesondere größere Geldebträge abzuholen und unauffällig über die Grenze zu schaffen. Geeignete Schleichwege für die unbeachtete Rückkehr wurden offensichtlich den Polen rasch bekannt. Trotz wiederholter Einsprüche vermochte das Generalgouvernement diesen Übelstand bei den untergeordneten Dienststellen nicht abzustellen.

Erfahrungsberichte über Vorbereitung und Durchführung des ersten Nahplans wurden an alle beteiligten Dienststellen mit dem Ziel gegeben, für die weiteren Transporte einen gemeinsamen Einsatz zur Ausschaltung aller Hemmnisse herbeizuführen.

Der Höhere W- und Polizeiführer
I.A.

W-Sturmchef.